

## Rede Ilya Limberger, Erzpriester Russisch Orthodoxe Kirche Stuttgart

Die christlich-orthodoxen Mitbürgerinnen und Mitbürger dieses Landes – die Griechen, die Russen, die Serben, die Rumänen, die Bulgaren und weitere christlich-orthodoxe Menschen mit oder ohne Migrationshintergrund – treten entschieden gegen die von uns als Frühsexualisierung der Kinder und Relativierung der traditionellen Familie empfundene Ausrichtung des neuen Bildungsplanes ein. Wir fordern die staatlichen Organe, auch persönlich den Herrn Ministerpräsidenten Kretschmann auf, die Bildungspolitik **nicht** gegen die Empfindungen und den Willen der Migrantenfamilien zu gestalten. Wir berufen uns auf das deutsche Grundgesetz, sowie auf die Konstitution unseres Bundeslandes, welche ausdrücklich die traditionelle Familie schützen. Der Versuch einiger Bildungspolitiker, diese Grundsätze zugunsten der Erziehungshoheit des Staates gegen den ausdrücklichen Willen Tausender von Eltern auszuhöhlen, ist für uns, Kinder des 20. Jahrhunderts alarmierend. Haben wir doch den Zugriff der totalitären Staatssysteme –nationalsozialistisch wie kommunistisch – auf das Schul- und Erziehungssystem hautnah erlebt.

Die Familie befindet sich gegenwärtig, wie von vielen Seiten festgestellt, im Auflösungsprozess. Die christliche Kirche sieht von jeher die Familie als schützenswertes Ganzes. Auch hat sich der moderne post-totalitäre deutsche Staat in dieser Frage auf die Seite der uralten christlichen Tradition gestellt und den Schutz der Familie, sowie die Erziehungshoheit der Eltern als die obersten Prioritäten des Staates im Grundgesetz verankert. Der Schutz der Familie gehört also auch in die Bildungspolitik! Dem gegenwärtigen Verfall der Familie sollte der Staat auch auf der Ebene der Schulbildung entgegenwirken!

Stattdessen wird dieser, für die Gesellschaft sehr gefährliche Verfall der traditionellen Familie als Begründung dafür angeführt, warum allen Kindern ab der 1. Klasse der Grundschule die sogenannte Vielfalt der möglichen Formen des Zusammenlebens als gleichwertig und wünschenswert beigebracht werden soll! Anstatt mit den heranwachsenden Kindern die realen sozialen, psychologischen, beruflichen und sonstigen Aspekte des Familienlebens herauszuarbeiten und so ihre Kompetenzen auf diesem Gebiet zu fördern, wird die Familie in den neuen Bildungsplänen und – schlimmer noch – in den konkreten methodischen Ausarbeitungen für den Unterricht kaum erwähnt. Stattdessen – die ideologische Tendenz des Gender-Mainstreaming ist klar erkennbar – sollen alle Kinder in die Gefühlswelt, Kultur und Lebensweisen von homo-, bi-, inter- und transsexuellen Menschen ausführlich eingeführt werden. Nach dem Wunsch der gegenwärtigen Bildungspolitiker sollen sie lernen, dass die traditionelle Familie eine unter Umständen zwar noch mögliche, aber doch bereits veraltete und überholte Form des Zusammenlebens der Menschen darstellt. Darüber hinaus sollen die Kinder in psychologisch wirksamen Rollenspielen und sonstigen Übungen auch andere Formen „ausprobieren“. Sogar ihr eigenes Geschlecht sollen pubertierende Kinder vorab bereits infrage stellen, um andere Geschlechtsidentitäten spielerisch auszuprobieren. Und das alles im Schulunterricht!

- Art. 15 §3 der Landesverfassung BW: Das natürliche Recht der Eltern, die Erziehung und Bildung ihrer Kinder mitzubestimmen, muss bei der Gestaltung des Erziehungs- und Schulwesens berücksichtigt werden.
- Art. 16 §3 der Landesverfassung BW: Ergeben sich bei der Auslegung des christlichen Charakters der Volksschule Zweifelsfragen, so sind sie in gemeinsamer Beratung zwischen dem Staat, den Religionsgemeinschaften, den Lehrern und den Eltern zu beheben.

Im vorliegenden Fall sind die Zweifelsfragen keineswegs behoben. Wir sagen – gegründet auf die Verfassungen unseres Landes und des bundesdeutschen Gesamtstaates: Niemand und nichts verpflichtet uns, einem solchen Vorhaben, zuzustimmen.

Als Mitbürgerinnen und Mitbürger, die einen nicht zu vernachlässigenden Beitrag zum Erfolg und zur Vielfalt dieses Landes leisten, treten wir entschieden dagegen ein!

Stattdessen fordern wir die Politiker auf: „Fürchtet euch nicht!“

- Stärkt die Familie, auch im Schulunterricht!
- Verzichten Sie auf alle Inhalte im Schulunterricht, die das natürliche Schamgefühl der Kinder verletzen können! Die Intimsphäre der Kinder ist allein ihre Sache und die der Eltern!
- Geben Sie den Eltern die von der Landesverfassung garantierten Mitspracherechte bei den schulischen Inhalten, die das moralische Urteil und die Herausbildung der Werte bei Kindern betreffen! Vertrauen Sie uns Eltern, dass wir dies nicht weniger gut können, als die Beamtinnen und Beamten im Schulwesen! Dies bezieht sich auch auf die Erziehung zur Toleranz, die ein wichtiges, aber kein allein ausschlaggebendes Prinzip darstellt, das nicht gegen andere Prinzipien der Erziehung ausgespielt werden darf.
- Verzichten Sie auf die Konfrontation mit den Tausenden besorgter Eltern, binden Sie stattdessen diese Eltern ein, damit diese Eltern wieder Vertrauen in die Schule gewinnen!